



## **NIEDERSCHRIFT**

<b>Sitzung:</b>	<b>Stadtrat</b> III/5
<b>Sitzungstag:</b>	Dienstag, den 06.07.2010
<b>Sitzungsort:</b>	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	19.00 Uhr

### **TAGESORDNUNG**

#### **1. Öffentliche Sitzung**

##### **1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.2. Einwohnerfragestunde

1.1.3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse  
Vorlage: M/2010/656

**1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -**

**1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**  
- entfällt -

##### **1.4. Beschlüsse**

1.4.1. Erweiterung der Katholischen Grundschule Wipperfeld  
Vorlage: V/2010/613

##### **1.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**

1.5.1. Neubau eines Regenwasserkanals für die Ortslage Dohrgaul; hier: Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Einzelgrundstücke in der Ortslage Dohrgaul  
Vorlage: V/2010/604

1.5.2. Umsetzung des Abwasserbeseitigungsplanes Kürten-Wipperfürth; hier: Beseitigung des Niederschlagswassers in den Ortslagen Thier und Wipperfeld  
Vorlage: V/2010/606

1.5.3. Shared Services;  
Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zur Einrichtung eines "Regionalen Gebäudemanagements" und eines "Zentralen Forderungsmanagements"  
Vorlage: V/2010/609/1

1.5.4. Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb "Stadtradeln - Unsere Stadt fährt Rad!"  
Vorlage: V/2010/607

## **1.6. Anfragen**

- 1.6.1. Amoksicherheit an unseren Schulen;  
Wuttke, Henry / FDP-Fraktion, vom 25.06.2010  
Vorlage: F/2010/067
- 1.6.2. Laternenmastwerbung;  
Schnepper, Josef / FDP-Fraktion, vom 25.06.2010  
Vorlage: F/2010/068
- 1.6.3. Bergsträßer Modell - Auftragsvergaben;  
Schnepper, Josef / FDP-Fraktion, vom 25.06.2010  
Vorlage: F/2010/069

## **1.7. Anträge**

- 1.7.1. Deckenprogramm der Gemeindestraßen im Außenbereich;  
Scherkenbach, Friedhelm / CDU-Fraktion, vom 24.06.2010  
Vorlage: A/2010/081

## **1.8. Mitteilungen**

- 1.8.1. Bericht zur Finanzsituation der Stadt Wipperfürth  
Vorlage: M/2010/658
- 1.8.2. Berichte über die Ausführung der Haushaltsbeschlüsse 2007 bis 2010 aufgrund  
von Fraktionsanträgen  
Vorlage: M/2010/657
- 1.8.3. Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln im Jahre 2009  
Vorlage: M/2010/667

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW**  
- entfällt -
- 2.4. Beschlüsse**
- 2.4.1. Neuabschluss Konzessionsvertrag "Strom"  
Vorlage: V/2010/614
- 2.4.2. Breitbandversorgung des ländlichen Raumes;  
Abschluss von Kooperationsverträgen  
Vorlage: V/2010/612
- 2.4.3. Pflege städtischer Grünflächen; Auftragsvergabe  
Vorlage: V/2010/617
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**
- 2.6. Anfragen** - keine -
- 2.7. Anträge** - keine -
- 2.8. Mitteilungen**
- 2.8.1. Situation Alte Drahtzieherei -Mündlicher Sachstandsbericht-  
Vorlage: M/2010/666



Weingärtner, Bastian	CDU	ab TOP 1.4.1 (17.13 Uhr)
Wurth, Ralf	SPD	
Wuttke, Henry	FDP	
<b>Verwaltungsvertreter/in</b>		
Barthel, Volker	intern	StBD
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Kusche, Armin	intern	Dipl.Ing. bis TOP 1.7.1 (17.55 Uhr)
Schmitz, Michael	intern	VfA ab TOP 1.7.1 (18.05 Uhr)
Trompetter, Frank	intern	Stadtkämmerer
von der Heyden, Astrid	intern	Dipl.-Ing.
Willms, Herbert	intern	StOAR
Wollnik, Lothar	intern	StVD
<b>Schriftführer</b>		
Breuer, Reinhard	intern	StAR
 <b><u>Es fehlten:</u></b>		
Blechmann, Karin	SPD	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	

# 1 Öffentliche Sitzung

## 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

### 1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung des I. Nachtrags zur Einladung einvernehmlich anerkannt.

### 1.1.2 Einwohnerfragestunde

Herr Joachim **Mutz** fragt den Bürgermeister, ob er in der Öffentlichkeit bestätigen könne, dass Herr Mutz ihm geraten habe, sich nicht mit in die Entwässerungssituation Thier / Wipperfeld einbinden zu lassen, weil sich dies allmählich zum Schildbürgerstreich entwickelt habe.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, Herr Mutz habe mehrfach mündliche und schriftliche Mitteilungen zu diesem Thema gemacht, von daher grundsätzlich auf die Problematik aufmerksam gemacht und seine Meinung ausreichend vertreten.

Herr **Mutz** erklärt, der Bürgermeister nenne auch heute keine Zahlen. Er fragt, ob es – selbst, wenn eine Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung möglich sei – nicht eine logische Folge daraus sei, dass die Stadt Wipperfürth dann dem Wupperverband die gezahlten Baukostenbeiträge zurück zahlen müsste? Dipl.-Ing. **Kusche** erklärt, derartige Baukostenbeiträge für Thier und Wipperfeld an den Wupperverband habe es nicht gegeben, sondern allenfalls eine Beteiligung des Verbandes an den Vorfinanzierungskosten.

Herr **Mutz** erklärt, nach der Verordnung seien Baukostenbeiträge von 52 % und 47 % für die Regenüberlaufbecken in Thier und Wipperfeld zu zahlen gewesen. Dem entgegnet Herr **Kusche**, die Anlagen seien damals vom Aggerverband finanziert worden. Der Wupperverband habe sich an den Kosten der Kanalisation außerhalb von Thier und Wipperfeld beteiligt.

Herr **Mutz** fragt, ob die Verwaltung öffentlich mitteilen könne, in welcher Höhe sich die Einnahmeverluste bewegen, die die anderen Wipperfürther aufgrund der Situation in Wipperfeld und Thier bezahlt haben. Herr **Kusche** erklärt, dies werde noch berechnet, durch die Notwendigkeit des Heranziehens aller Beitragsbescheide werde sich dies aber noch lange Zeit hinziehen. Wann diese Zahlen vorlägen, könne er nicht sagen, weil hier das Rechnungsprüfungsamt einbezogen sei.

Bürgermeister **von Rekowski** und Herr **Kusche** beantworten weitere Fragen, gestellt durch Herrn Peter **Freund** (zu den Kanalgebühren und zu einer Bauangelegenheit Grünenberg) und eine Bürgerin aus Nagelsbüchel (Kanalanschlussbeiträge).

### 1.1.3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2010/656

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### 1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

### 1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -

## 1.4 Beschlüsse

### 1.4.1 Erweiterung der Katholischen Grundschule Wipperfeld

Vorlage: V/2010/613

#### **Beschluss:**

Der Erweiterung der KGS Wipperfeld um einen Klassenraum (65 qm) sowie ein Lehrerzimmer (35 qm) in Massivbauweise wird -vorbehaltlich einer Mittelfreigabe durch die Kommunalaufsicht- zugestimmt.

Die durch den Rat am 09.03.2010 verhängte Sperre der Haushaltsmittel wird insoweit aufgehoben. Die Gesamtkosten werden gedeckelt auf den veranschlagten Gesamtbetrag von 200.000 €.

Weitere Informationen zu diesem Bauvorhaben erfolgen in der nächsten Bauausschusssitzung am 02.09.2010.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen

\*\*\*\*\*

Ratsherr **Mederlet** erklärt, von der Reihenfolge her hätte die Beratung der Angelegenheit besser zunächst im Bauausschuss stattfinden sollen. Seine Fraktion werde aber zustimmen, wenn die Summe auf 200.000 € gedeckelt werde. Für die CDU-Fraktion signalisiert Ratsherr **Scherkenbach** Zustimmung zum Beschlussentwurf unter Einbeziehung der vorgeschlagenen Deckelung, auch wenn diese erfahrungsgemäß oftmals nur schwer einzuhalten sei.

Ratsherr **Koppelberg** erklärt, eine sachliche Diskussion über die Bauausführung habe bislang nicht stattgefunden. Bei dem Kostengerüst einer Massivbauweise innerhalb der Vorlage seien keine Tiefbaukosten ausgewiesen, in der Aufstellung für eine Modulbauweise sei aber eine Summe von 22.000 Euro enthalten. Aus jetziger Sicht erachte die UWG-Fraktion die Modulbauweise, zumal die Tiefbaukosten bereits enthalten seien und bei der Massivbauweise möglicherweise noch hinzu zu rechnen seien, für sinnvoller.

Dipl.-Ing. **von der Heyden** erklärt im Zuge ihrer Erläuterungen, die anfallenden Tiefbauarbeiten seien bei der Kostenschätzung für einen Massivbau in den pauschal angegebenen Baunebenkosten enthalten. Sie räumt ein, dass dies auch innerhalb eines Vergleiches anders hätte dargestellt werden können. Sie geht

nach den von ihr auch näher geschilderten Erfahrungen mit vergleichbaren Baumaßnahmen davon aus, dass der Kostenrahmen eingehalten werden kann und begründet detailliert, aus welchen Gründen – unter anderem seien dies auch gestalterische Aspekte – die Verwaltung eine Massivbauweise vorschlägt.

Ratsherr **Koppelberg** erklärt, ihm scheine das Zahlengerüst in der Vorlage mit sehr groben Schätzwerten nicht besonders belastbar. Er bleibe bei seiner bisherigen Auffassung, dass eine Modulbauweise wirtschaftlicher ist.

## **1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**

### **1.5.1 Neubau eines Regenwasserkanals für die Ortslage Dohrgaul; hier: Befreiung vom Anschluss- und Benutzungszwang für Einzelgrundstücke in der Ortslage Dohrgaul**

Vorlage: V/2010/604

#### **Beschluss:**

Im Rahmen des Neubaus des Regenwasserkanals in der Kreisstraße 18 und 39, wird in der Ortslage Dohrgaul nachträglich ein Trennsystem errichtet. Abweichend von den Vorgaben der städtischen Entwässerungssatzung, wird nachfolgenden Sonderregelungen zugestimmt:

1. Gemäß § 9 Abs. 6 der Entwässerungssatzung der Stadt Wipperfürth besteht bei einem Trennsystem die Verpflichtung, dass anfallende Niederschlagswasser in die dafür bestimmten Entwässerungsanlagen zuzuführen. Von dieser Verpflichtung werden alle Eigentümer freigestellt, welche bisher das Niederschlagswasser ordnungsgemäß auf dem eigenen Grundstück versickert haben. Für Grundstücke, welche bisher das anfallende Niederschlagswasser teilweise, oder in Gänze, über den Straßentwässerungskanal abgeleitet haben, gilt der Anschluss- und Benutzungszwang im bereits bestehenden Umfang. Diese Regelung gilt analog für den geplanten Regenwasserkanal in der "Gimborner Straße". Dieser Abschnitt wird, nach derzeitigem Planungsstand, in 2011 gebaut.
2. Mit Ratsbeschluss vom 19.12.2000 wurde festgelegt, dass bei Investitionsmaßnahmen die nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) eine direkte Kostenbeteiligung der Bürgerschaft nach sich ziehen, diese mit einem Vorlauf von mindestens 2 Jahren über die geplante Maßnahme zu informieren sind. Um den vorgenannten Ratsbeschluss Rechnung zu tragen, erfolgt die Beitragserhebung aller betroffenen Grundstückseigentümer an der K 18 in 2013. Die Beitragserhebung für den neuen Regenwasserkanal in der "Gimborner Straße" erfolgt 3 Jahre nach Fertigstellung des Kanals.
3. Abweichend von § 13 Abs. 3 und 4 der städtischen Entwässerungssatzung wird die Pflicht zum Einbau eines Kontrollschachtes eingeschränkt. Bei Grundstücken, die ausschließlich eine sog. ACO-Drainrinne an den Kanal anschließen, entfällt diese Verpflichtung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

**1.5.2 Umsetzung des Abwasserbeseitigungsplanes Kürten-Wipperfürth;  
hier: Beseitigung des Niederschlagswassers in den Ortslagen Thier und  
Wipperfeld**

Vorlage: V/2010/606

**Beschluss:**

Dem Vorschlag der Abteilung Stadtentwässerung zur Einleitung eines Verfahrens mit der Zielsetzung, eine Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zum Abwasserbeseitigungsplans Kürten-Wipperfürth herbei zu führen, wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\*\*\*\*\*

Im Anschluss an die Berichterstattung des Bauausschussvorsitzenden **Schnep-  
per** erklärt Ratsherr **Brachmann**, dass die gesamten Maßnahmen im Zusammen-  
hang mit der Kanalisation von Thier und Wipperfeld durch den Rechnungs-  
prüfungsausschuss darauf hin überprüft werden, ob und in welcher Höhe ein  
Schaden entstanden sei und wie sich etwas auf die Beiträge ausgewirkt hätte.  
Allerdings werde auch gegengerechnet, was dort hätte gebaut werden müssen  
bzw. an zusätzlichen Kosten entstanden wäre, um einen vollwertigen Kanal-  
anschluss zu bauen.

### 1.5.3 Shared Services; Abschluss öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen zur Einrichtung eines "Regionalen Gebäudemanagements" und eines "Zentralen Forderungsma- nagements"

Vorlage: V/2010/609/1

#### Beschluss:

- 1.) Im Rahmen des Projektes "Shared Services" wird dem Abschluss der beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen \*) zugestimmt:
  - a) der ö.r.V. über die Einrichtung eines "**Regionalen Gebäudemanagements**" mit der Stadt Hückeswagen (analog Anlage 1),
  - b) der ö.r.V. über die Einrichtung eines "**Zentralen Forderungsmanagements**" mit der Stadt Hückeswagen (analog Anlage 2).

Sollten zur Genehmigung durch die Kommunalaufsicht noch weitere formale oder redaktionelle Änderungen notwendig werden, wird die Verwaltung ermächtigt, die Vereinbarungen entsprechend zu verändern.
- 2.) Ziel der Zusammenarbeit auf der Grundlage dieser Vereinbarungen muss es sein, die im Gutachten der Deckert Management Consultants GmbH genannten Einsparpotentiale unter Berücksichtigung der Nichtbeteiligung der Gemeinde Marienheide bzw. der Stadt Radevormwald tatsächlich zu erreichen; hierzu sind dem Stadtrat regelmäßig entsprechende Berichte vorzulegen.
- 3.) Der Stadt Radevormwald und auch anderen Kommunen wird bei allen Projekten weiterhin eine gemeinsame Zusammenarbeit angeboten, um ihr eine spätere Beteiligung an dem „Regionalen Gebäudemanagement“ sowie an dem „Zentralen Forderungsmanagement“ zu ermöglichen.

\*) siehe Anlagen 1 und 2 der Beschlussvorlage

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig bei einer Stimmenthaltung

\*\*\*\*\*

Ratsherr **Scherkenbach** spricht sich für die Ziffer 3 des Beschlusentwurfes aus, die aber noch ergänzt werden sollte. Denn nicht nur der Stadt Radevormwald, der eine „Brücke zur engeren Zusammenarbeit gebaut“ werde, sollte eine spätere Beteiligung an den Projekten offen stehen, sondern auch anderen interessierten Kommunen. Dieser Vorschlag wird später mit zur Abstimmung gestellt.

Ratsherr **Brachmann** hält es für falsch, dass die Stadt Radevormwald nicht am Projekt „Zentrales Forderungsmanagement“ beteiligt wird; schließlich wirke sie auch bei der zentralen Vergabestelle mit. Weiterhin beklagt er, dass immer noch keine konkreten Zahlen über die finanziellen Auswirkungen der Zusammenarbeit, bezogen auf die Stadt Wipperfürth, vorliegen. Er kündigt seine Stimmenthaltung an.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, die Zusammenarbeit im Shared-Services-Prozess zwischen den Nachbargemeinden verstehe er auch als ein Grundsatzversprechen, unter dem Strich wirtschaftlicher arbeiten zu wollen; bei einzelnen Projekten würden die teilnehmenden Gemeinden aber mal mehr und mal weniger profitieren können. Etwa im Forderungsmanagement erwarte Wipperfürth

weniger Vorteile, allerdings würden sich im weiteren Verlauf auch hier noch Verbesserungen ergeben.

Ratsherr **Brachmann** betont, nicht grundsätzlich gegen das Projekt zu sein. Für ihn stehe allerdings fest, dass auch Personal abgebaut werde. Es sei Beschlusslage, dass kein Mitarbeiter Nachteile durch den Shared-Service-Prozess erleiden darf. Er bezweifelt, ob dies noch gilt.

Ratsherr **Mederlet** bittet darum, dass dem Haupt- und Finanzausschuss im Laufe des Jahres 2011 ein Erfahrungsbericht zur Umsetzung der einzelnen Projekte vorgelegt wird, der auch die Zentrale Vergabestelle gemeinsam mit Hückeswagen und Radevormwald umfasst.

#### 1.5.4 Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb "Stadtradeln - Unsere Stadt fährt Rad!"

Vorlage: V/2010/607

##### Beschluss:

Die Stadt Wipperfürth und insbesondere die Mitglieder des Rates der Stadt Wipperfürth nehmen an der bundesweiten Aktion „Stadtradeln – Unsere Stadt fährt Rad!“ 2010 im Aktionszeitraum vom 30.08. bis 19.09.2010 teil und setzen damit ein klares Zeichen für den Klimaschutz.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\*\*\*\*\*

Auf die Bemerkung des Ratsherrn **Koppelberg**, dass er bereits mehrfach nach den Teilnahmebedingungen und Anmeldeformalitäten gefragt worden sei und in der Vorlage ja auch eine Internetadresse angegeben sei, gibt Bürgermeister **von Rekowski** weitere Hinweise zur Organisation des Wettbewerbs und dazu, wie die Bevölkerung etwa über die Presse, das Internet, durch Mitteilungen an die Schulen etc. noch über Einzelheiten der Aktion informiert werde.

#### 1.6 Anfragen

##### 1.6.1 Amoksicherheit an unseren Schulen; Anfrage des Ratsherrn Henry Wuttke / FDP-Fraktion, vom 25.06.2010

Vorlage: F/2010/067

Die Anfrage war Bestandteil der Einladung, die Antwort der Verwaltung lag dem I. Nachtrag zur Einladung bei.

\*\*\*\*\*

Ratsherr **Wuttke** stellt noch einmal den Hintergrund seiner Anfrage dar, dankt für die Beantwortung und erklärt, froh darüber zu sein, dass die Stadt bzw. die Verwaltung in dieser Beziehung entsprechende Maßnahmen ergriffen hat und auch weiterhin „am Ball“ bleibt“.

**1.6.2 Laternenmastwerbung;  
Anfrage des Rats Herrn Josef Schnepfer / FDP-Fraktion, vom 25.06.2010**  
Vorlage: F/2010/068

Die Anfrage war Bestandteil der Einladung, die Antwort der Verwaltung lag dem I. Nachtrag zur Einladung bei.

\*\*\*\*\*

Rats Herr **Schnepfer** erklärt, die sachgerechte Antwort der Verwaltung könne seine Fraktion so akzeptieren. Das Stadtbild leide trotz des beschriebenen Vorgehens doch noch erheblich unter dem wilden Plakatieren, das sicher nur schwer einzudämmen sei. Er appelliere aufgrund ihrer Zuständigkeit an die Verwaltung, gegen derartige Missstände vorzugehen. So sollte auch darauf geachtet werden, dass ordentliche Plakatträger verwendet werden anstatt alter und hässlicher Pappschilder. Lösungen kommerzieller Anbieter, wie etwa in der Anfrage angedeutet, sollten für die Zukunft trotz der sicherlich entstehenden Kosten mit Rücksicht auf die bessere Qualität nicht ausgeschlossen sein. Die FDP-Fraktion werde dieses Thema auch weiterhin verfolgen.

**1.6.3 Bergsträßer Modell - Auftragsvergaben;  
Anfrage des Rats Herrn Josef Schnepfer / FDP-Fraktion, vom 25.06.2010**  
Vorlage: F/2010/069

Die Anfrage war Bestandteil der Einladung, die Antwort der Verwaltung lag dem I. Nachtrag zur Einladung bei.

\*\*\*\*\*

Rats Herr **Schnepfer** erklärt, mit der Antwort der Verwaltung nicht zufrieden zu sein; sie gehe am Kern der Sache vorbei. Mit der Anfrage sei keinesfalls der Versuch verbunden, die VOB „auszuhebeln“. Die Antwort zeige, dass sich die Verwaltung mit dem Bergsträßer Modell“ nicht beschäftigt habe. Andernfalls hätte sie gehört und wüsste sie, dass die Bergsträßer sehr wohl nach der VOB vorgehen und sie streng beachten würden. Allerdings würden dort alle rechtlich einwandfreien Möglichkeiten im Sinne der ansässigen Betriebe genutzt. Alle Beteiligten, wie etwa die Handwerkskammern, hätten das Modell begrüßt. Nach Auskunft der für Vergaben zuständigen Dienststelle würden rund 82 % des Auftragsvolumens in der Region verbleiben.

Auch an dieser Angelegenheit werde die FDP-Fraktion „dranbleiben“ und sich dann wieder melden.

## 1.7 Anträge

### 1.7.1 Deckenprogramm der Gemeindestraßen im Außenbereich; Antrag des Rats Herrn Friedhelm Scherkenbach / CDU-Fraktion, vom 24.06.2010

Vorlage: A/2010/081

#### Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, 200.000 € der im Haushaltsplan vorhandenen Mittel in Höhe von 259.804,-- € für das Deckenprogramm der Gemeindestraßen im Außenbereich zu verwenden und durch den Bauhof unmittelbar mit der Umsetzung zu beginnen. Durch den Bauhof nicht verwendete Mittel werden für die Fremdvergabe eingesetzt.
2. Darüber hinaus wird ein zusätzlicher Betrag von 112.700 € für notwendige Fremdvergaben bereitgestellt. Die Deckung erfolgt über die nicht verausgabten Mittel aus der Böschungssanierung der Siegburger-Tor-Straße.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bauausschuss in seiner Sitzung nach der Sommerpause (02.09.2010) über den aktuellen Sachstand des Deckenprogramms entsprechend der Antragstellung durch die CDU-Fraktion zu informieren. Dazu wird eine detaillierte Liste der durch den Bauhof und im Rahmen von Fremdvergaben durchzuführenden Maßnahmen vorgelegt, die auch die jeweiligen Kosten enthält.

#### **Abstimmungsergebnis:** einstimmig

\*\*\*\*\*

Die Anfrage war Bestandteil der Einladung, die Stellungnahme der Verwaltung konnte erst zu Beginn der Ratssitzung als Tischvorlage vorgelegt werden.

Rats Herr **Scherkenbach** erklärt, man hätte eine Stellungnahme der Verwaltung spätestens am Vortage für die Beratung in den Fraktionen erwarten dürfen. Weil dies nicht der Fall gewesen sei, beantrage er im Benehmen mit den anderen Fraktionen eine fünf- bis zehnminütige Sitzungsunterbrechung, die dann auch eingelegt wird.

\*\*\*\*\*

Rats Herr **Scherkenbach** erklärt, nach der Ratssitzung am 09.03.2010 hätte dem Bauausschuss am 17.06.2010 eine detaillierte Liste vorgelegt werden sollen über die noch in diesem Jahre angedachten Maßnahmen aus der Prioritätenliste des Deckenprogramms. Dies sei nicht geschehen. Vielmehr sei auf seine Wortmeldung hin unter „Verschiedenes“ lediglich mitgeteilt worden, dass das vorgesehene Programm aus personellen Gründen, aber auch aufgrund fehlender Haushaltsmittel, bis auf zwei kurze Streckenabschnitte in Friedrichsthal und in der Talstraße nicht abgearbeitet werden könne.

Über die heute vorgelegte Stellungnahme werde nun bekannt, dass es doch Haushaltsmittel für diesen Zweck gebe, und zwar knapp 260.000 €. Weitere 112.700 € sollten bereits nach dem Haushaltsbeschluss vom 09.03.2010 zu Lasten der Böschungssanierung der Siegburger-Tor-Straße für die Instandsetzung

einer Straße aus der Prioritätenliste verwandt werden. Deshalb beantrage er, Ziffer 1 des Beschlussentwurfes der Verwaltung dahin gehend abzuändern, dass ein Anteil von 200.000 € von den 259.804 € für das Deckenprogramm „gedeckt“ bereit gestellt wird. Den Ziffern 2 und 3 sollte der Rat zustimmen; der Bauausschuss sollte am 02.09.2010 über den Sachstand detailliert informiert werden.

Priorität gegenüber Fremdvergaben habe aus seiner Sicht eine Abarbeitung der Liste durch den Bauhof, der sowohl über qualifiziertes Personal als auch über den Fertiger verfüge. Soweit dies der Bauhof – aus welchen Gründen auch immer – nicht umsetzen könne, müsse fremd vergeben werden. Wenn jetzt und in den kommenden Jahren nicht an der Abarbeitung der bis ins Jahr 2016 hinein reichenden Prioritätenliste gearbeitet werde, werde es immer schwieriger, dann noch viel höheren Kosten in späteren Jahren zu vermeiden.

Die Ratsherren **Mederlet**, **Koppelberg** und **Schnepper** signalisieren die Zustimmung ihrer Fraktionen zum Beschlussentwurf der Verwaltung einschließlich der durch Herrn Scherkenbach vorgetragenen Präzisierung. Ratsherr **Koppelberg** regt an, dass sich der Bauausschuss auch einmal grundsätzlich mit der organisatorischen Durchführung dieser dauerhaften Aufgabe, gegebenenfalls auch gemeinsam mit Personal des Bauhofes, intensiv befasst. So stelle sich zum Beispiel die Frage, ob der Fertiger auch durch Personal von externen Auftragnehmern betrieben werden kann.

## **1.8 Mitteilungen**

### **1.8.1 Bericht zur Finanzsituation der Stadt Wipperfürth**

Vorlage: M/2010/658

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung war samt der Ergebnisrechnungen 2007 bis 2010 Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung. Für das laufende Haushaltsjahr ist danach im Gesamtergebnisplan eine Verschlechterung gegenüber den Planansätzen von rund 794.000 Euro zu erwarten .

Stadtkämmerer **Trompetter** erläutert die Mitteilung und stellt die finanzielle Situation der Stadt Wipperfürth anhand einer PowerPoint-Präsentation dar, die – wie in der Sitzung besprochen – auch beigefügt ist.

Anlage: PowerPoint-Präsentation



# Finanzsituation der Stadt Wipperfürth

Eine Stadt am Rande der  
Überschuldung

Ratsinformation 6. Juli 2010



## Die Bilanz der Stadt Wipperfürth

Vorläufige Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007  
Stadt Wipperfürth

AKTIVA	09.12.2009		PASSIVA
	01.01.2007		01.01.2007
<b>1. Anlagevermögen</b>		<b>1. Eigenkapital</b>	42.530.362,81
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	218.514,91	<b>2. Sonderposten</b>	53.543.838,15
1.2 Sachanlagen	161.541.263,93	<b>3. Rückstellungen</b>	17.292.646,36
1.3 Finanzanlagen	14.549.298,07	<b>4. Verbindlichkeiten</b>	63.146.987,43
<b>2. Umlaufvermögen</b>	3.164.797,33	<b>5. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	3.117.052,70
<b>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	157.013,21		
	<u>179.630.887,45</u>		<u>179.630.887,45</u>

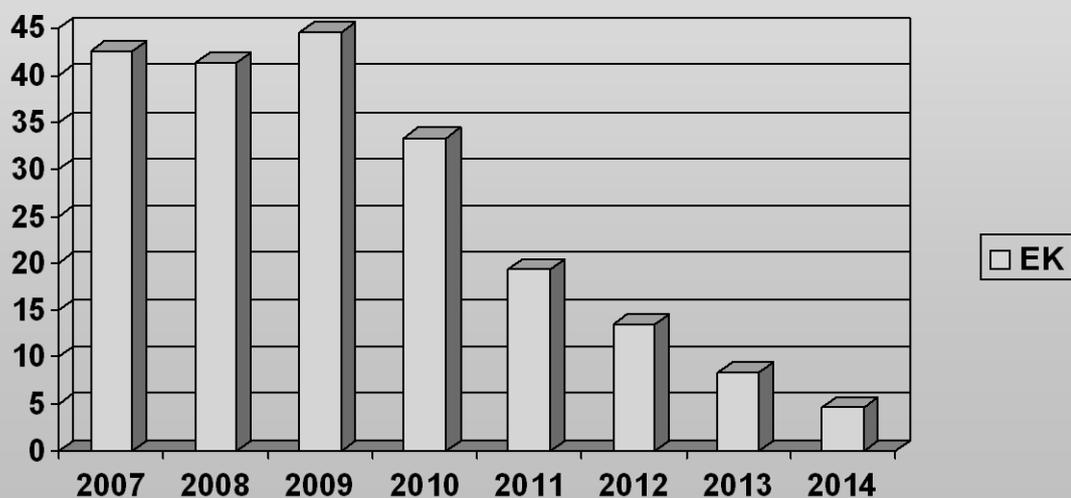


## Entwicklung der Fehlbeträge in der Ergebnisplanung

2010	2011	2012	2013	2014
13,99 Mio.	5,86 Mio.	5,18 Mio.	3,66 Mio.	3,70 Mio.



## Entwicklung des Eigenkapitals nach der ursprünglichen Planung HH 2010 (in Mio. €)





## Folgen einer drohenden Überschuldung Bsp. für Investitionen u.a.:

- Nur zulässig, wenn unabweisbar und pflichtig
- Einzelgenehmigung der Maßnahmen ist erforderlich
- Verkaufserlöse grundsätzlich zur Schuldentilgung einsetzen
- Kommunaler Eigenanteil ist nicht zulässig
- Folgekosten sind zu vermeiden

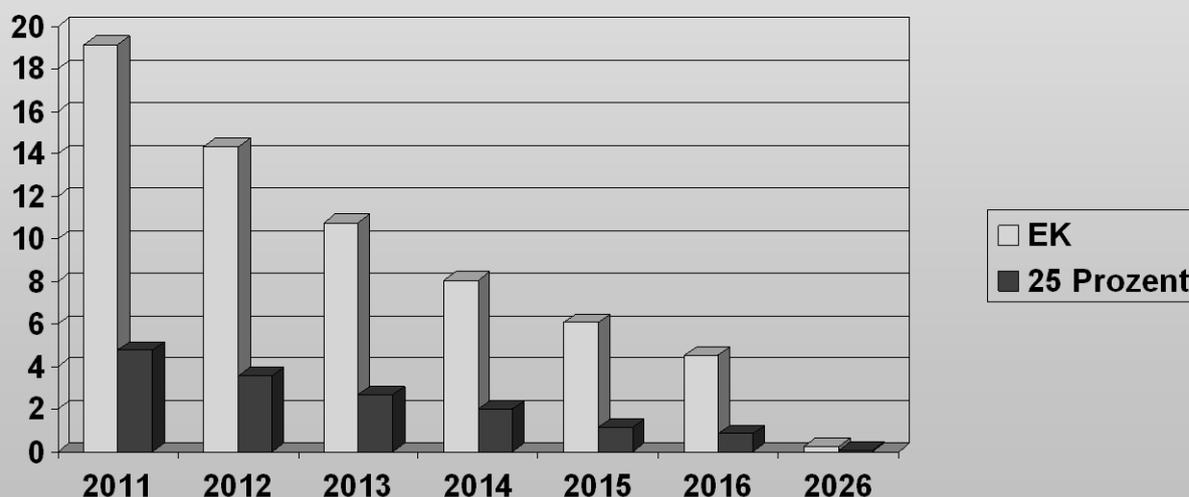


## Was ist weiterhin die Folge bei einer drohenden Überschuldung u.a.:

- Externe Neueinstellungen, Arbeitsvertragsverlängerungen und Umsetzungen mit Höhergruppierungsanspruch sind nicht zulässig
- Keine Beförderungen
- Neueinstellung von Azubis nach engen Kriterien
- Keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen, ggf. Reduzierung dieser
- Ratsbeschlüsse, die nicht zulässige Kosten verursachen, müssen vom Bürgermeister beanstandet werden
- Alle finanzrelevanten Vorlagen sind der Kommunalaufsicht vorzulegen



## „Geplante“ Entwicklung des Eigenkapitals bei Reduzierung um 25 Prozent jährlich



## Zielvorgabe Haushaltsberatungen 2011 bis 2014 (in Mio. €) → **Fehlbedarfe**

Jahr	2011	2012	2013	2014
Planung	5,86	5,18	3,66	3,70
Ziel	4,78	3,59	2,69	2,02
Differenz	-1,08	-1,59	-0,97	-1,68



## Bsp. Potenziale der überörtlichen Prüfung durch die GPA aus dem Jahr 2008

<b>Potenziale aus den Fachprüfungen bzw. Teilberichten</b>		
Fachgebiete/Teilberichte	Potenzial in Euro	Potenzial in Euro je Einwohner
Teilbericht Personal und Organisation	130.000	5,52
Teilbericht Jugend	432.000	18,29
Teilbericht Infrastruktur	144.000	6,12
Teilbericht Gebäudewirtschaft	1.011.000	42,81
Teilbericht Finanzen	727.000	30,81
Gesamtpotenzial:	2.444.000	103,55



## Fazit

- Extremer Druck zur Haushaltskonsolidierung vor dem Hintergrund der drohenden Überschuldung
- Potenziale wie z. Bsp. aus dem Bericht der GPA oder aufgrund Geschäftsoptimierungen durch Shared Services sind zu bewerten und umzusetzen
- Alle Bereiche sind auf dem Prüfstand, es gibt keine Ausnahmen



# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

## 1.8.2 Berichte über die Ausführung der Haushaltsbeschlüsse 2007 bis 2010 aufgrund von Fraktionsanträgen

Vorlage: M/2010/657

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung war Bestandteil des I. Nachtrags zur Einladung.

StOVR **Willms** erklärt hierzu, einige Ratsbeschlüsse aus Vorjahren sollten aus der Beschlusskontrolle heraus genommen werden, weil sie aus unterschiedlichen Gründen bisher noch nicht umgesetzt oder nicht vollständig umgesetzt werden konnten. Die Umsetzung dieser Beschlüsse sollte vielmehr über diejenigen Fachausschüsse abgewickelt werden, denen die Themen auch zuzuordnen seien.

Wortmeldungen hierzu:

### Kennziffernermittlung / Verbrauchsdaten für städtische Liegenschaften (Beschluss Nr. 4 zum Haushalt 2007)

Den Hinweis des Ratsherrn **Koppelberg**, man sollte doch die Kennzahlenermittlung ausdehnen auf die Straßenbeleuchtung, erwidert Bürgermeister **von Rekowski**, dies habe er bereits mit Frau Kemmerich besprochen, auch im Hinblick auf Fragen wie Halbnachtschaltung, Verringerung der Anzahl der Leuchtmittel in den Straßenlampen, Modernisierung der Straßenbeleuchtungstechnik überhaupt.

### Parkleitsystem

(Beschluss Nr. 13 zum Haushalt 2007)

### Querungshilfe Hochstraße

(Beschluss Nr. 16 zum Haushalt 2008)

Hier fordert Ratsherr **Koppelberg**, die Installation der Schilder nicht noch länger aufzuschieben, sondern den Beschluss jetzt endlich zügig umzusetzen. Die Notwendigkeit, auf Parkmöglichkeiten hinzuweisen, stehe aus seiner Sicht nicht im Zusammenhang mit dem integrierten Verkehrskonzept für die Innenstadt. Dies gelte seiner Meinung nach auch für die Querungshilfe auf der Hochstraße in Höhe des DM-Marktes.

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, das Thema „Parkleitsystem“ sei verwaltungsintern wieder aufgegriffen worden und werde aktuell bearbeitet. Dieser Beschluss könne zeitnah, voraussichtlich noch in diesem Jahr, umgesetzt werden.

### **1.8.3 Förderaktivitäten der Kreissparkasse Köln im Jahre 2009**

Vorlage: M/2010/667

Die schriftliche Mittelung der Verwaltung innerhalb des I. Nachtrags zur Einladung einschließlich des Schreibens der Kreissparkasse Köln über ihre Förderaktivitäten innerhalb Wipperfürths im Vorjahr nimmt der Rat mit Beifall zur Kenntnis.

## **2 Nichtöffentliche Sitzung**

---

Michael von Rekowski  
- Bürgermeister -

---

Reinhard Breuer  
- Schriftführer -